

## Simbabwe

Simbabwe vom 27.06. - 07.08.1998,  
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

# Inhalt

---

1.	Rhodes` Erben vor der Enteignung: Weiße Farmer und die Probleme der Landreform	
1.1	„Schlimmer hätte es nicht kommen können“: Der Farmer Hugh Brown	2
1.2	„Wir hatten doch keine Ahnung“: Erfahrungen einer schwarzen Landwirtschaftskooperative	5
1.3	„Eine politische Zeitbombe“: Die Landreform aus der Sicht des weißen Farmerverbandes	6
1.4	„Die Leute verlieren die Geduld“: Die Landreform aus der Sicht des schwarzen Farmerverbandes	8
1.5	„Konzepte gibt es“: Ein Professor erklärt die Landreform	9
2.	„Unsere Schwarzen waren die glücklichsten“: Besuch bei Ian Smith	11
3.	Alles nur Theater? Ein Nachtrag zur Landreform	14
4.	Trügerische Hoffnung: Tourismus als Rettung für Wirtschaft und Natur	
4.1	„Ich liebe dieses Land, aber die machen es kaputt“: Sorgen eines Safari-Operators	15
4.2	„Wir können nichts machen“: Umweltschützer gegen Wilderer	17
4.3	„Mein Chef jammert“: Tourismusflaute in Kariba	20
5.	Zuerst Simbabwe, dann Journalist: Die Grenzen der Pressefreiheit	
5.1	„Kabila fliegt zurück“: Der „Herald“	21
5.2	„Die Angst ignorieren“: Der „Independent“	23
6.	„Wie mit einem alten Auto“: Warten auf Veränderung	24



*Michael Stempel*, geboren am 02.11.1965 in Sieglar (jetzt Troisdorf), lebt heute in Köln. Von 1983-1987 studierte er Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften in Bonn und Cardiff (Großbritannien). Von 1991 bis 1993 arbeitete er als freier Journalist für den Bonner Generalanzeiger. Danach absolvierte er ein Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk in Köln. Seit 1994 ist er Redakteur in der Redaktion Landespolitik Fernsehen beim WDR in Düsseldorf.

## **1. Rhodes' Erben vor der Enteignung: Weiße Farmer und die Probleme der Landreform**

### *1.1 „Schlimmer hätte es nicht kommen können“: Der Farmer Hugh Brown*

„Sie gehen hier nicht weg, bevor Sie diese Briefe gelesen haben“. Hugh Brown drückt mir einen Stoß Papier in die Hand. Einige Briefe sind maschinengeschrieben und haben einen offiziellen Briefkopf. Die meisten der etwa zehn Blätter sind handschriftlich verfasst. Akkurat in Linie geschrieben, schließlich hatten alle Briefe denselben hochrangigen Adressaten: Kumbirai Kangai, Landwirtschaftsminister Simbawes. Die Briefe, auf die Hugh Brown so stolz ist, stammen zum größten Teil von seinen Landarbeitern, einige auch von Geschäftspartnern des weißen Farmers. Alle haben sie den gleichen Inhalt: Sie wollen Kangai überzeugen, dass Hugh Brown seine Farmen nicht verlieren darf. Denn seit November 1997 stehen zwei von den drei Farmen Browns auf jener berüchtigten Liste, die für Simbabwe längst ein international diskutiertes Politikum geworden ist. Sie enthält knapp 1500 Farmbetriebe fast ausschließlich weißer Farmer, die die Regierung enteignen will. Am liebsten ohne Entschädigung zu zahlen. „Ich bin hier geboren und aufgewachsen, und ich bin stolz auf diese Farm. Was soll aus meinen Kindern werden, wenn es sie nicht mehr gibt. Sie werden irgendwo Diebe, wie so viele andere.“ Ein schwarzer Farmarbeiter hat das geschrieben, und Hugh Brown kann es nicht oft genug lesen. Für ihn ist es eine Bestätigung, dass die Landreform der Regierung Mugabe an den eigenen Leuten vorbei geht. Schließlich hat der 62 Jahre alte britische Einwanderer auf seinen Farmen 55 Häuser für die schwarzen Arbeiter gebaut und eine Schule für 300 Kinder. 115 festangestellte Farmarbeiter leben mit ihren Familien auf den drei Farmen Crake Valley, Maonza und Ulu Zonwe. In der Saison kommen bis zu 300 dazu. Wie glücklich sie mit ihrem Arbeitgeber wirklich sind, kann ich in der kurzen Zeit meines Besuches nicht ergründen. Doch zumindest

wirtschaftlich geht es den meisten geht es besser, als dem durchschnittlichen Simbabwe. Brown ist ein liberal gesinnter Mann. Er fühlt sich durch seinen Wohlstand verpflichtet und sorgt gut für seine Arbeiter. Schließlich braucht er sie. Und die Briefe sind für ihn ein Beweis, dass sie es ihm danken.

„Schlimmer hätte das alles nicht kommen können“, sagt Brown auf der Terrasse seines malerisch gelegenen Hauses, von dem aus man einen weiten Blick auf die satten grünen Berge der Eastern Highlands hat, die eher das Gefühl vermitteln in der Schweiz als mitten in Afrika zu sein. Der Verlust von weit über Zweidrittel seines landwirtschaftlichen Gebietes – die drei Farmen hängen zusammen und sind längst verschmolzen – würde den größten Teil seiner Produktion zerstören. Damit würde Simbabwe seinen drittgrößten Käseproduzenten verlieren, denn der „Vumba Cheese“ den Brown herstellt, ist im Land ein Markenprodukt geworden. Was Brown besonders wütend macht, ist die offenbar willkürliche Auswahl der zur Enteignung bestimmten Gebiete. „In der Nachbarschaft gibt es Farmen, deren Besitzer im Ausland leben und die völlig verwahrlost sind. Keine von denen steht auf der Liste“. Für den Mann mit dem akzentfreien Oxfordenglisch ein klarer Beleg, dass seine Farmen nicht für das „Resettlement“ gedacht sind, die Ansiedlung landloser schwarzer Bauern auf dem Gebiet der früheren Kolonialherren. „Meine Farmen will sich einer der ‘fat cats’ unter den Nagel reißen“ – ein Parteibonze der in Simbabwe allein regierenden ZANU-PF, Mugabes allmächtiger marxistischer Partei. Beweisen kann Brown das nicht, denn die Landreform in Simbabwe verläuft so undurchsichtig, dass sie jeder interpretieren kann, wie er gerne möchte.

Wie die Regierung die offiziell 71.000 Familien, die seit der Unabhängigkeit auf ehemals weißen Farmen angesiedelt wurden ausgewählt hat, weiß sie allein. Dass allzuviel verdiente Parteigänger und zu wenig fähige Landwirte darunter waren, ist in Simbabwe aber ein offenes Geheimnis. Und damit gerät ein Projekt in Misskredit, dass eine der Wurzeln des Unabhängigkeitskampfes ist: Das Land an diejenigen zurückzugeben, denen es gehörte bevor die weißen Siedler es sich nahmen. Cecil Rhodes, der legendäre Chef der British South African Company, hatte die besiedlung Simbawes vor gut 100 Jahren eingeleitet und dem Land schließlich seinen Namen gegeben: „Rhodesien“. Die schwarzen Freiheitskämpfer machten es wieder zu Simbabwe, „Haus aus Stein“, benannt nach der letzten erhaltenen Steinfestung ihrer eingeborenen Vorfahren. Deren Land sollte endlich wieder ihr Land werden. Vor allem das hatten sie sich auf die Fahnen geschrieben, als sie in den 60er Jahren ihren Widerstand gegen die weiße Regierung Ian Smiths begannen. Die Erben des Cecil Rhodes sollten ihnen endlich den Besitz ihrer Väter und Großväter zurückgeben.

„Für mich ist die Landfrage einfach sehr emotional“ sagt Jennifer Chiriga, die sich solchen Fragen als Mitarbeiterin eines politikwissenschaftlichen Instituts eigentlich eher nüchtern nähert. Aber wie soll man emotionslos bleiben, wenn man sieht, dass rund 70% der fruchtbarsten Böden in Simbabwe in den Händen von 4500 fast ausschließlich weißer Farmer sind, während sich die meisten der über 11 Millionen schwarzen Simbabwe auf den kargen

Gebieten drängen. Wofür fast zwanzig Jahre Unabhängigkeitskampf, wenn sich das 17 Jahre nach dem Sieg der Schwarzen nicht geändert hat? Genau solche Emotionen wollte die Regierung unter Präsident Robert Mugabe wecken, als sie die Landfrage in den letzten Jahren wieder in den Vordergrund ihrer Politik stellte.

„Wir wollen das Land nicht aus rassistischen Gründen enteignen“, erklärt mir Walter Kuwara, den ich im Bus zwischen Harare und Karoi kennenlerne. Eigentlich hat Walter mit Politik nichts zu tun, er ist der regionale Kontrolleur seiner Busgesellschaft. Doch als Mitglied von Mugabes ZANU-Partei gehört er zu jener Minderheit in Simbabwe, die sich für Politik interessiert. Die meisten haben es aufgegeben oder nie angefangen. Die Wahlbeteiligungen liegen bei nicht einmal mehr 30 Prozent. Walter, dessen Englisch ich durch seine tiefe, rostige Stimme erst nach gut zehn Kilometern verstehe, gehört aber keinesfalls zu den verbohrten Parteiideologen. Er will einfach wissen, welches Bild ich von seiner Heimat und ihren politischen und sozialen Problemen mit nach Deutschland nehme. Und er verteidigt einen Präsidenten, der für ihn trotz aller Unzufriedenheit mit der momentanen Lage in Simbabwe noch immer der Vater der Unabhängigkeit ist. Korruptionsvorwürfe hin oder her. Vor allem die Landfrage ist für Walter alles andere als ein politisches Ablenkungsmanöver: „Es gibt einfach soviel ungenutztes Land und auf der anderen Seite zuviele Menschen, die nicht wissen, wohin“. Sein Argument ist so schlicht wie wahr. Doch mit der einfachen Umverteilung von Land ist in Simbabwe keinem geholfen. Die Arbeiter auf der Farmkooperative, die direkt an die Farm der Browns angrenzt, haben das leidvoll erfahren.

### 1.2 „Wir hatten doch keine Ahnung“: *Erfahrungen einer schwarzen Landwirtschaftskooperative*

Die Mitglieder der Kooperative gehörten zu denen, die in der ersten Phase der Landreform eine verlassene Farm zugewiesen bekamen, um ihr Glück darauf zu versuchen. Elliot Matowanvika war von Anfang an dabei. Er war Armeesoldat und hatte als Mitglied der Rebellenarmee ZANLA gegen die weiße Regierung gekämpft. Die Teilhabe an der Farm war eine Art Belohnung für den Einsatz seines Lebens. Viele alte Kämpfer kamen so in den 80er Jahren zu Land. Und die, die leer ausgingen, drängen Mugabe heute, mit der Enteignung der Weißen voranzukommen. Doch bei Elliot ist jede Euphorie verflogen. „Wir hatten doch gar keine Ahnung von Landwirtschaft“, erzählt der kleingewachsene 43jährige über die Anfangsphase seiner Kooperative. Hugh Brown, den weißen Nachbarn, den Elliot noch kurz zuvor bekämpft hatte, mussten sie zur Hilfe rufen, um wenigstens einen kleinen Teil der Kaffee-Ernte retten zu können. „Wir sind gute Nachbarn, es gibt keine Feindschaft mit den weißen Farmern“, sagt Elliot ganz selbstverständlich. Sein Präsident würde das im Moment von einem seiner alten Kämpfer nicht gerne hören. Aber die ganze Diskussion um die Landreform kümmert Elliot und seine 39 Kollegen in der Kooperative nicht. Sie sorgen sich eher um ihr eigenes wirt-

schaftliches Überleben. Nachdem ihre Farm vor dem Ruin stand, ist der Deutsche Entwicklungsdienst 1992 eingesprungen. Michael Jenrich, ein deutscher Diplom-Volkswirt, hat mit seiner Frau Sabrina die Kooperative wieder auf Vordermann gebracht. „Wie sollen Leute, die vorher selbst noch nie Kaffee getrunken haben, plötzlich Kaffee anbauen können“, fragt mich Michael. Das unter den Weißen nach wie vor verbreitete Vorurteil, Schwarze seien für eine moderne Landwirtschaft halt nicht geeignet, ärgert ihn: „Die Leute hier haben immer sehr hart gearbeitet, härter als ich es gekonnt hätte.“ Es fehle einfach an Know-How und an Geld für die nötigen Investitionen. Als die Kooperative die anfangs fehlende Unterstützung bekommen hat, stellte sich auch wirtschaftlicher Erfolg ein. Michael erzählt, wie lernfähig sich die Farmarbeiter gezeigt haben. Er fährt mich nicht ohne Stolz durch die Kaffee- und die neuen Passionsfruchtplantagen, die gute Gewinne gebracht haben. Doch seit er und seine Frau die Leitung der Farm im letzten Jahr an einen einheimischen „Manager“ übertragen haben, sind die wirtschaftlichen Probleme wieder da. Der Mann hatte einfach zu wenig Erfahrung mit der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Der Absatz brach ein. „Mit dem Mann hatten wir einfach Pech“, sagt Michael. Es gibt sehr qualifizierte schwarze Farmer, aber einfach zu wenig. Die Ausbildungs-möglichkeiten fehlen. Hugh Brown, der in den 60er Jahren in Harare Agrarwissenschaften gelehrt hat, war von seine Schülern begeistert: „Einige von ihnen sind heute erfolgreicher als ich.“ Das hilft der Kooperative aber nicht. Sie sucht jetzt einen neuen Manager und Elliot hat wieder Sorgen um die Zukunft seiner Familie. Da bleibt keine Zeit für Mugabes Landpropaganda. Und die Arbeiter auf Hugh Browns Farm sind sich sicher, dass sie die Selbständigkeit der Nachbarn gegen ihre bescheidene wirtschaftliche Sicherheit nicht tauschen wollen.

### 1.3. „Eine politische Zeitbombe“:

#### *Die Landreform aus Sicht des weißen Farmerverbandes*

Die relative Zufriedenheit auf Browns Farm nützt all denen nichts, die solche Jobs nicht haben. Sie versprechen sich erst von einer Landreform den Beginn einer erträglichen wirtschaftlichen Existenz. Das sieht inzwischen sogar der fast ausschließlich weiße Großfarmerverband Commercial Farmers Union (CFU) ein. „Wir sitzen hier auf einer politischen Zeitbombe“, sagt Arthur Baisley, der Vizepräsident der CFU. Je schneller es in Simbabwe wirtschaftlich bergab gehe, desto gefährlicher würden Konflikte wie die Landfrage. Eine Reform sei ohne Zweifel nötig. Doch Baisley und sein Verband wollen die Spielregeln der Reform gerne selbst bestimmen.

Die CFU hat der Regierung rund 1,5 Millionen Hektar Land zur sofortigen Übernahme angeboten. Zu Marktpreisen versteht sich, so wie die Regierung auch bisher ihr Land zur Neubesiedlung erworben hat. Nur fehlt ihr jetzt das Geld dazu. Das weiß auch Baisley. Der kräftige, etwas gedrungene Farmer mit der typisch britisch-rötlichen Gesichtsfarbe setzt auf Hilfe aus Europa und den USA: „Wir müssen der Welt zeigen, dass ohne Geld das ganze Projekt im

Chaos endet“. Ob er denn nicht fürchte, dass Mugabe seine Drohung wahr machen und entschädigungslos enteignen könne, frage ich ihn. „Der Landwirtschaftsminister hat Entschädigung versprochen“, ist die knappe Antwort. „Aber der Präsident ist doch mächtiger, entgegne ich. „Es wird Entschädigung geben“. Punkt. Baisley ist sich so sicher, weil er die Schwächen seiner Gegner kennt. Tatsächlich gibt es aus Regierungskreisen ständig widersprüchliche Ankündigungen über die Pläne zur Landreform. Landwirtschaftsminister Kongai hat Entschädigung versprochen, Mugabe will davon offiziell nichts wissen. Der Landwirtschaftsminister hat auch angekündigt, dass etliche Farmen wieder von der Enteignungsliste gestrichen worden seien. Der Vizepräsidenten entgegnet, dass sei Unsinn. So ein Chaos kann jemand wie Baisley, der während unseres knapp 20 minütigen Gesprächs mal eben per Handy seinen Landrover verkauft, nicht wirklich ernst nehmen. Er ist einfach zuversichtlich, dass die Regierung den Westen nicht völlig verprellen wird, da sie sonst finanziell auf dem Trockenen säße. Es wird Entschädigung geben. Soll Mugabe doch sagen, was er will. Im Gespräch äußert Baisley diesen Nachsatz allerdings nicht. Diplomatie gehört für einen weißen Interessenvertreter im schwarzen Simbabwe zum Geschäft. Die Arroganz der früheren Kolonialherren wird – wo sie nicht verschwunden ist – zumindest versteckt.

Der Vizepräsident der CFU ist an diesem Morgen etwas in Zeitnot. Die Zentrale des Farmerverbandes habe Tag der offenen Tür, erklärt er mir höflich, aber leicht ungeduldig. Natürlich bin ich herzlich eingeladen. Hauptsache wir sind jetzt fertig.

Die CFU stellt an diesem Mittwoch ihren Mitglieder die neue Zentrale vor: Ein modern ausgestattetes Gebäude auf einem großzügig angelegten Gelände. Gelegen in einem der überwiegend weißen Stadtteile am Rande Harares. Im März war die CFU aus dem Zentrum Harares weggezogen, da ihre weißen Mitglieder dort nicht mehr so gerne hinfahren wollten. Jetzt hat man das beruhigende Gefühl, unter sich zu sein. Im Garten ist an diesem Morgen ein Zelt für rund 400 Besucher aufgebaut, aber nur rund ein Viertel davon sind gekommen. Die meisten der angereisten Farmer sind zwischen 50 und 60 Jahre alt. Die Jugend fehlt unter den weißen Simbabwern immer mehr. Schwarze Besucher sind beim Tag der offenen Tür rar, da die CFU kaum schwarze Mitglieder hat. Die meisten der anwesenden Schwarzen gehören zur Bedienung. Doch den Eindruck, man wolle im neuen Simbabwe gar nicht wirklich dazugehören, versucht CFU-Präsident Nick Swanepoel in seiner Begrüßungsansprache zu zerstreuen. Als er von seinen bevorstehenden Verhandlungen mit der Weltbank über Finanzhilfen für die Landreform spricht, mit denen das Land der weißen Farmer bezahlt werden soll, betont er: „Wir machen das nicht für unseren Reichtum. Wir wollen ein wohlhabendes Simbabwe.“ Und das geht nicht mit sozialistischen Enteignungsprinzipien. Eine Landreform mit einem vernünftigen Ansiedlungsprogramm fände hingegen die volle Untertützung der CFU. „Schließlich sind wir alle Simbabwer“, sagt Swanepoel. Die Zeiten, in denen sich die Weißen als „Rhodies“ empfunden haben, deren Heimat nicht Simbabwe sondern Rhodesien heißt, scheinen tatsächlich der Vergangenheit

anzugehören. Wer im Land geblieben ist, hat meist mit den Mehrheitsverhältnissen seine Frieden gemacht. Was bleibt einer Bevölkerungsgruppe auch übrig, die von 250.000 vor Beginn der Unabhängigkeit auf gerade noch 80.000 Mitglieder geschrumpft ist. Doch die weißen Simbawer wollen ihre Nischen verteidigen. Vor allem ihren Besitz, dessentwegen sie überhaupt im Land geblieben sind.

Um das zu schaffen ohne die Augen vor der sozialen Wirklichkeit im Land ganz zu verschließen, versucht die CFU seit einiger Zeit, eigene Vorschläge zur Landreform einzubringen. Auf den 1,5 Millionen Hektar Land, dass die Farmer selbst zum Kauf angeboten haben, will die Union 75 Modellfarmen aufbauen, auf denen schwarze Landwirte ausgebildet werden können. Eine überzeugend klingende Idee. Aber bei näherer Betrachtung nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die Regierung braucht 5 Millionen Hektar Land, wenn sie, wie geplant, 100.000 Familien ansiedeln will. Und sie hat vollmundig versprochen, das alles geschehe in den nächsten fünf Jahren. Vor diesem Hintergrund erscheint das Angebot der Modellfarmen schon fast so rührend wie der Versuch, auf einem sinkenden Schiff Navigationskurse anzubieten. Dass das nicht mehr ausreicht, weiss auch die CFU. Aber sie ist immerhin aus der Defensive gekommen und kann die Regierung mit guten Gründen fragen: Warum fangt ihr nicht wenigstens auf dem von uns angebotenen Land sofort mit dem Resettlement an?

#### *1.4 „Die Leute verlieren die Geduld“:*

##### *Die Landreform aus der Sicht des schwarzen Farmerverbandes*

Szenenwechsel: Ein Büro, in dem mit Papier vollgestopfte Regale die Durchgangstüren versperren. Auf dem Boden machen Batterien leerer Cola-Flaschen jede Bewegung zum Hindernislauf. Die Mitarbeiter tragen allerdings fast alle Schlips und Jackett. Ich bin beim Chefökonom der Zimbabwe Farmer's Union (ZFU), der Interessenvertretung der schwarzen Kleinbauern. Sylvester Tsikisayi ist erst 31 Jahre alt. Ich hätte ihn deutlich älterer geschätzt. Nach seinem landwirtschaftlichen Studium ist er zur ZFU gekommen, obwohl er selbst nicht direkt aus einer Farmerfamilie stammt. Sein Vater ist Beamter, nur der Großvater war Landwirt. Tsikisayis Verband gilt als regierungstreue Organisation, die die Pläne zur Landreform schon deshalb unterstützt, weil ihre Mitglieder sich am meisten davon versprechen. Die Kleinbauern besitzen meist nur wenige Hektar Land, während die meisten Großfarmen mehrere tausend Hektar umfassen. Und die Kleinbauern müssen sich überwiegend mit den schlechteren Böden abfinden, die magere Erträge bringen. Nach der Unabhängigkeit, so erklärt mir Tsikisayi, hätten eine Fülle von Subventionen ihr Überleben ermöglicht. Die meisten davon seien jetzt weggefallen. Und die Finanzkrise Simbawes ermögliche kaum noch die notwendigsten Investitionen. Es gebe einfach keine bezahlbaren Kredite. In dieser Lage sei die Enteisungsankündigung der Regierung der verzweifelte Versuch gewesen, die Kleinbauern ruhig zu stellen. Die Hoffnung auf das neue Land als Motivation,



es auf dem alten noch etwas auszuhalten. Doch das funktioniert schon jetzt nicht mehr. „Unser letzter ZFU-Präsident hat noch gewarnt, dass die Bauern das Land besetzen könnten, wenn es keine Reform gibt“, sagt Tsikisayi und hebt die Tageszeitung „Herald“ von seinem Schreibtisch auf: „Jetzt sind wir so weit“. Die Schlagzeile des „Herald“ berichtet von einer Landbesetzung im Matabeleland im Süden Simbawes. 50 Bauern haben sich auf der Farm eines Weißen niedergelassen und sind nicht wegzubewegen. „Und das wird immer schlimmer“, sagt Tsikisayi, „die Leute verlieren die Geduld“. Er selbst ist über diese Entwicklung alles andere als glücklich. Denn die ZFU will zwar das Land enteignen, aber zugunsten professioneller schwarzer Farmer. Das, so gesteht er ein, sei in der Vergangenheit oft schiefgelaufen. Die falschen Leute seien auf dem freien Land angesiedelt worden. Deshalb sei die Reform bisher auch noch kein durchgreifender Erfolg. Doch anders als der Großfarmerverband ist die ZFU überzeugt, dass es genügend ausgebildete schwarze Farmer gebe, die das Land erfolgreich bewirtschaften können. Und weitere müssten eben schnell ausgebildet werden, aber in viel größerem Umfang, als es der Vorschlag der CFU ermögliche.

Aber Tsikisayi ist kein Träumer. Die Reform wird lange dauern, sagt er illusionslos. Er will nur, dass sie endlich startet. Und für den Angestellten eines regierungsnahen

Verbandes gesteht er bemerkenswert offen, dass die Diskussion um die Enteignungsliste nicht gerade ein Erfolg für die Regierung ist. Das Gerangel um die Zuständigkeit für die Landreform macht dem jungen Wirtschaftswissenschaftler die Arbeit nicht leichter. „Offenbar wollen einige den Landwirtschaftsminister loswerden“, erklärt er mir das Kompetenzgewirr, dass den gesamten Reformprozess lähmt. Hoffnungsvoll wirkt er dabei nicht.

### *1.5 „Konzepte gibt es“: Ein Professor erklärt die Landreform*

Dass Sam Moyo Professor für Politikwissenschaften ist, sieht man ihm nicht unbedingt an. Er trägt bevorzugt lange afrikanische Musterhemden, während seine Kollegen ihren akademischen Grad meist durch Anzug und Krawatte unterstreichen. Doch Moyos afrikanisches Outfit hängt auch mit seiner wissenschaftlichen Position zusammen. Jennifer, die für sein Institut arbeitet, nennt ihn den „Guru der Landreform“. Er begründet den Anspruch der Schwarzen auf das Land der weißen Farmer. Kein Kongress, keine Aufsatzsammlung zu diesem Thema, ohne den Namen Moyo. Zusammen mit einer Gruppe österreichischer Studenten habe ich eine Audienz beim „Guru“ bekommen, für die er ursprünglich ein Honorar erhalten wollte. Und das, obwohl wir nur an einem Vortrag teilnehmen durften, den er ohnehin für eine Gruppe amerikanischer Studenten gab. Moyo ist durch die ungelöste Landfrage zu einem wissenschaftlichen Star geworden. Und weil die Konkurrenz in Simbabwe nicht allzu groß ist, lebt er von der Landreform recht gut – so lange sie noch nicht vollzogen ist. Moyos Landkarten illustrieren die Ungerechtigkeit in seinem Land überzeugend. In unterschiedlichen Farben sind die

Böden Simbawes gekennzeichnet: Blau für die besten, orange für die kargen Gebiete. Legt man eine Karte mit dem Besitz weißer und schwarzer Farmer darauf, so deckt sich blau mit den weißen und orange mit den schwarzen Farmen. Wer will dem Professor widersprechen, dass das nicht in Ordnung ist. Doch auch ansonsten sollte man ihm besser nicht widersprechen. Denn als ich ihn frage, ob für die zur Enteignung vorgesehenen Gebiete ein ausgereifter Besiedlungsplan vorliege, ist Moyo genervt: „Das ist wieder so ein Argument der Landreform-Gegner. Wenn wir so weitermachen, sind wir in zehn Jahren noch nicht fertig. Konzepte für die Besiedlung gibt es schon lange.“ Basta. Wie sie aussehen sollen habe ich zwar nicht erfahren, aber ich will den Eindruck nicht vertiefen, als U-Boot der weißen Farmer in seiner Vorlesung zu sitzen. Vielleicht werden dem Guru einfach zu oft dieselben Fragen gestellt – außerdem empfiehlt er seine Bücher zur Lektüre, die kann man ja schließlich kaufen. Immerhin verzichtet er am Ende großzügig auf sein Honorar, als der ebenfalls schwarze Dozent der Wiener Uni eine gewisse Enttäuschung über die Veranstaltung nicht verhehlt. Für mich ist es jedenfalls lehrreich, wie leicht man momentan als Weißer in Simbabwe in eine bestimmte Schublade gesteckt werden kann. Das gilt allerdings nur für meine Begegnungen mit einigen Menschen in offiziellen Funktionen. Im Bus, wo ich als einziger Weißer oft aufgefallen bin, sind mir die Menschen mit einer wunderbaren Offenheit begegnet.

Moyos These, dass die von der simbabwischen Regierung vorgelegte Enteignungsliste zwar schwere Mängel und einige Ungerechtigkeiten aufweise, die Mehrzahl der aufgelisteten Farmen aber völlig rechtmäßig darauf stehe, macht mich dennoch nachdenklich. Es ist im Moment nicht schwer, die Regierung angesichts ihrer chaotischen Politik und unbestreitbaren Korruption zum alleinigen Buhmann aller Fehlentwicklungen zu machen. Die klassischen Großgrundbesitzer und die Konzerne, für die ihr Landbesitz nichts als Spekulationsobjekt ist, haben aber zur der verfahrenen Situation seit langem beigetragen. Dass die Schwarzen sehr wohl zu erfolgreicher Landwirtschaft fähig sind, zeigen nicht nur die erfolgreichen Schüler, von Hugh Brown, sondern auch – bei allen Problemen – die Kooperative in den Eastern Highlands. Was ihnen fehlt sind die Chancen, ihr Können unter akzeptablen Startbedingungen auch zu beweisen.

Hugh Brown, davon bleibe ich dennoch überzeugt, würde durch eine Enteignung Unrecht geschehen. Aber er ist nur einer von rund 1100 Farmbesitzern, die enteignet werden sollen. Und unter ihnen sind auch noch genug, die ihre Arbeiter ausbeuten und selbst die Mindestlöhne nur widerwillig zahlen, davon wird mir bei meinen Gesprächen oft genug berichtet. Da ich in sechs Wochen nicht alle Farmen besuchen kann, finde ich mich mit meinen Zweifeln ab.

Ganz offensichtlich bleibt nur, dass die Verquickung der Landfrage mit den alten schwarz-weiß Gegensätzen in Simbabwe eine rationale Lösung fast unmöglich macht. Das ist eindeutig der Regierung zuzuschreiben. Bei meinen Reisevorbereitungen habe ich oft vom umgekehrten Rassismus gelesen, den es in Simbabwe jetzt gebe. Im alltäglichen Umgang habe ich ihn nicht erfahren. Aber ich finde ihn in den regierungsnahen Zeitungen und in den

Reden Präsident Mugabes und seiner Minister. Sie brauchen den Hass auf die Weißen als letztes Ablenkungsmanöver von einer völlig gescheiterten Politik. Und die Wunden einer über hundertjährigen Kolonialgeschichte sind noch lange nicht ausreichend verheilt, um solche Propaganda wirkungslos bleiben zu lassen. Zwei deutsche Medizinstudentinnen, die in Harare ihre Famulatur absolvieren, erzählen mir, dass sie die Wirkung dieser Politik zu spüren bekommen. Manche ihrer schwarzen Kommilitonen würden ihnen sogar die Hand zur Begrüßung verweigern. In einigen Studentenkreisen sei es im Moment recht schick, anti-weiß zu sein. Ich glaube es ihnen, auch wenn ich die Erfahrungen nicht teilen kann. Da wo ich Vorbehalte merke, sind sie subtiler.

Es gibt aber auch Kolonialnostalgie unter einigen Schwarzen in Simbabwe, die mich an die Sozialismusnostalgie in den neuen Bundesländern erinnert. Motto: Wir hatten zwar weniger Rechte, aber auch weniger Sorgen. Harriet Hurasha, die gelegentlich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet, ist das beste Beispiel. Die Lage in ihrem Land macht sie depressiv. „Was kümmert es mich, dass wir früher nicht auf dem Bürgersteig gehen durften. Jedenfalls ging es uns besser. Ich würde heute Ian Smith wählen, wenn der noch zur Wahl stünde.“ Das ist sicher nicht repräsentativ, aber Harriet ist nicht die einzige, die so denkt. Und es steigert meine Neugier, den Mann zu treffen, den ich als Jugendlicher für den Inbegriff des Rassismus gehalten habe, und der einmal verkündet hat, die Weißen würden Rhodesien tausend Jahre lang regieren. Er selbst musste sich dann aber nach 18 Jahren geschlagen geben, weil er den Guerilla-Krieg gegen die schwarze Unabhängigkeitsbewegung nicht mehr gewinnen konnte. Ian Smith ist heute 82 Jahre, und ich weiß nur, dass er noch in Harare lebt. Also mache ich mich auf Spurensuche.

## **2. „Unsere Schwarzen waren die glücklichsten“: Besuch bei Ian Smith**

Der Harare Sports Club, der früher Salisbury Sports Club hieß, ist spätestens seit den Romanen Doris Lessings zum Symbol des weißen Rhodesiens geworden. Als ich den Club an einem Sonntag morgen besuche, ist der Festsaal eine Baustelle – er wird gerade instand gesetzt. An der Bar senke ich das Durchschnittsalter gleich erheblich. Unter sechzig scheint mir hier niemand zu sein. An der Wand die Bilder aus besseren Tagen: Das siegreiche Rugbyteam aus meinem Geburtsjahr 1965. Der Hockeyclub als Ansammlung adreter, sportlich geformter junger Männer. Mit den Herrschaften neben mir an der Theke kann ich sie nicht mehr so recht in Verbindung bringen. Dennoch sind einige davon identisch.

„Wo sind die jungen Leute, so wie du?“, spricht mich einer an, der aussieht, als sei er an der Theke festgewachsen. „Früher war das hier viel lebendiger“. „Das weiße Simbabwe vergeist, die Jugend verschwindet nach Europa oder in die USA“, erzählt er mir. Doch für ihn, der kurz vor der Pensionierung als leitender Mitarbeiter eines Stahlkonzerns steht, ist es hier noch in Ordnung: „Wenn du Augen und Ohren zuhältst, kannst du hier prima leben.“ Auf sein

Verhältnis zu den Schwarzen angesprochen, überrascht er mich. Man würde ganz gut miteinander auskommen, aber Kontakte blieben immer oberflächlich. Das sei vor allem Schuld der Weißen, die sich nie wirklich Mühe gegeben hätten, die Kultur und vor allem die Sprache der Schwarzen zu verstehen. Im Harare Sports Club hatte ich andere Töne erwartet. Als ich ihn nach dem Wohnort Ian Smiths frage, lerne ich im Handumdrehen die ganze Kneipe kennen. „He, der junge Mann hier kommt aus Deutschland und sucht Ian“, ruft er die Theke entlang. Und sofort kommen zwei ältere Herren auf mich zu, die Smith kennen und mir erzählen, dass er mit Beifall empfangen würde, wenn er ab und an den Club besuche. Leider wissen alle nur so in etwa wo er wohnt, aber keiner ganz genau. Immerhin bekomme ich die Adresse eines Buchhandels im weißen Wohnort Avondale, dessen Besitzerin Smith gut kenne. Der Tip ist ein Treffer und am nächsten Mittag weiß ich endlich wo ich hin muss. Dass der „Kommunistenfresser“ Smith heute direkt neben der kubanischen Botschaft wohnt, ist wohl Ironie der Geschichte. Sein Haus habe ich mir größer vorgestellt. Keine Wache am Tor, kein Hund der bellt. Ich weiß nicht so recht, ob ich einfach eintreten soll. Doch statt eines bissigen Köters kommt ein weißhaariger, leicht gebückter alter Mann aus dem Haus, der mich offenbar schon eine Zeit lang beobachtet hat: Ian Smith. „Kommen sie rein“, ruft er von seiner Haustür aus. Ich gehe etwas perplex auf ihn zu. Er führt mich ohne weitere Fragen ins Wohnzimmer, bietet mir einen Sessel an und fragt mich erst dann: „Was führt sie zu mir?“. Im Wohnzimmer scheint die Zeit in den 60er Jahren stehengeblieben zu sein. Öllandschaften in schweren Rahmen hängen an der Wand, die ich auf einem Bild des „Spiegel“ schon gesehen hatte, als Hintergrund für ein Smith-Foto. Ich erkläre ihm kurz wer ich bin und was ich in Simbabwe mache. „Sie können mich alles fragen“, sagt er. Was will ein Journalist mehr? Ich nutze das Angebot. Über eine Stunde lang.

Smith, der bis 1987 noch im Parlament saß, dann wegen regierungsfeindlicher Äußerungen ausgeschlossen wurde, ist heute offiziell noch Farmer. Und auch ein Teil seines großen Landbesitzes steht auf der Enteignungsliste. Doch das kümmert ihn nicht wirklich. „Wenn es im nationalen Interesse wäre, könnten sie mein Land haben“, sagt er ganz patriotisch, „aber diese Regierung ist korrupt. Die bekommt es nicht.“ Hier spricht das Selbstbewusstsein eines Mannes, der seit 18 Jahren unter der Herrschaft seiner früheren Erzfeinde lebt, und dennoch ohne Leibwachen und verschlossene Türen auskommt. „Sie würden es nicht wagen, mir etwas zu tun“, sagt er nicht ohne Stolz. Dafür vertraut er doch zu sehr auf den Realitätssinn der schwarzen Herrscher, die ja aus guten Gründen eine Politik der Versöhnung angekündigt hatten. Schließlich brauchen sie Hilfe aus dem Westen. Deshalb glaubt er auch nicht an die angekündigte Landenteignung. „Die kommt nicht“, sagt er mit derselben Überzeugung, die mir schon beim weißen Farmerverband begegnet ist.

Doch dass seine Regierung die Krise des Landes maßgeblich verursacht hatte, weil sie den Schwarzen das brauchbare Land vorenthielt, davon will der frühere Premier nichts wissen. Die weißen Siedler hätten den Ureinwohnern echte Landwirtschaft erst beibringen müssen. „Als die Siedler kamen, hatten

die doch noch nicht einmal das Rad erfunden.“ Ist das endlich der Rassist, den ich erwartet hatte?. Er erklärt mir lange und mit viel Engagement, wie er sich eine Zukunft für die Schwarzen im damaligen Rhodesien vorgestellt hatte. „Evolution statt Revolution“, sagt er immer wieder. Ich kenne die Argumente schon aus seiner im letzten Jahre erschienenen Autobiographie „Der große Betrug“. Für Smith war Rhodesien ein Entwicklungsprojekt, in dem die zivilisierten Europäer einer unterentwickelten Gesellschaft zeigten wo es lang ging. So etwas dauert halt, auch wenn er seinen Traum vom tausendjährigen Reich nicht mehr erwähnt. „Wir haben die Schwarzen doch erst davon abgehalten, sich gegenseitig umzubringen“, sagt er und glaubt es auch. Krankenhäuser, Schulen, so etwas habe es vorher doch gar nicht gegeben. Ich versuche nicht mit ihm darüber zu diskutieren, weil es mir sinnlos erscheint. Soll ich versuchen, einen 82jährigen mit einem so festen Weltbild zu bekehren? Doch die Offenheit, mit der seine Ansichten präsentiert, und der feste Glaube, er habe damit heute noch Recht, beeindruckten mich. Der Machtverlust hat seine Ansichten nicht erschüttern können. Und die Direktheit, mit der er seine Ansichten äußert, ist für mich ungewohnt. Vor einigen Monaten, erzählt er mir, sei er von der Universität Harare eingeladen worden. „Was wollen Sie mit dem Rassisten Smith?“, habe er den Professor zynisch gefragt. „Nicht ich, meine Studenten haben darum gebeten“, sei die Antwort gewesen. Dann sei er hingegangen. Und ein mit schwarzen Studenten überfüllter Hörsaal habe zugehört und applaudiert, als er mit der Regierung Mugabe abrechnete. Das passt nicht ganz zu den anti-weißen Ressentiments, die es unter manchen Studenten geben soll. Doch Smith macht nicht den Eindruck, als habe er das erfunden. Diejenigen, die seine Regierung im jahrelangen Guerillakrieg in die Knie zwangen, haben abgewirtschaftet. Das stärkt seine Überzeugung, dass er im Recht war. Hätte ihm nicht ein von Kommunisten weichgespülter Westen die Unterstützung entzogen, sein „Modell Rhodesien“ wäre eine Art Paradies geworden. „Unsere Schwarzen waren die glücklichsten Schwarzen auf der Welt“, sagt er und lacht dabei mit väterlicher Zufriedenheit. Dann versuche ich es doch. Ich erzähle Smith von Leuten wie Jennifer, die unter seiner Amtszeit nie die Chance auf die gleiche Bildung und berufliche Karriere bekommen hätten. „Kommunistische Propaganda“ wehrt er ab, ohne dabei irgendwie unfreundlich zu werden. Ich belasse es dabei. Am Ende überrascht mich Ian Smith mit einem pragmatischen Resümee. Die Chancen seines „Modells Rhodesien“ seien vorbei. Jetzt müssten Politiker wie Nelson Mandela Afrika aus der Krise führen. Solche Leute brauche Simbabwe auch. „Ich liebe dieses Land, es bleibt mein Land und ich will nicht, dass es zu Grunde geht“. Deshalb sei er mit Oppositionspolitikern in Kontakt und wolle helfen, neue Führungskräfte für die Zeit nach Mugabe zu finden. Dass es Schwarze sein werden, das steht selbst für Smith nicht mehr in Frage. Immerhin.

Nach einer überaus freundlichen Verabschiedung und der Einladung, jederzeit auf eine Unterhaltung wiederzukommen, verlasse ich den früheren Regierungschef etwas verwirrt. Ich muss mich zu der Erinnerung zwingen, dass es eben dieser nette alte Herr war, dessen politische Sturheit Simbabwe in einen

der längsten Bürgerkriege Afrikas gestürzt hat. Doch die offene Art, mit der ich empfangen wurde, und der freundliche Ton, mit dem Smith für mich haarsträubende Ansichten erklärt, waren entwaffnend. Justice Manyarara, der bis vor wenigen Jahren einer der obersten Richter Simbawes war und zu den Gründervätern des unabhängigen schwarzen Staates gehörte, hilft mir aus meinen Zweifeln. Ich habe diesen beeindruckenden Mann auf einem Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung kennengelernt und bin nach dem Treffen mit Ian Smith mit ihm verabredet. „Ist er nicht eine faszinierende Person?“ fragt er, als ich ihm von meinem Besuch bei Smith erzähle. „Ich war immer sein Gegner,“ sagt der bald siebzigjährige Manyarara, „aber seine offene Art fasziniert mich heute noch“. Ich fühle mich erleichtert. Offenbar geht es mir nicht alleine so.

### **3. Alles nur Theater? Ein Nachtrag zur Landreform**

Smith hatte Recht. Baisley vom Großfarmerverband auch: „Simbabwe lässt Plan zur Enteignung weißer Farmer fallen“ heißt die DPA-Überschrift vom 11. September 1998. Gut einen Monat nachdem ich abgereist bin, hat Mugabe die Waffen gestreckt. Auf einer Konferenz mit den westlichen Geberländern hat die Einsicht gesiegt, dass die Landreform nur mit Geld aus dem Westen zu finanzieren ist. Und das hätte es bei entschädigungsloser Enteignung nicht gegeben. 1,5 Milliarden Dollar erhofft Mugabe von den Geberländern. Wenn er seine bisherige Politik fortsetzt, wird er sie kaum bekommen. Der Präsident spürt, dass seine Zeit abläuft, doch er versucht sich noch dagegen zu wehren. Das macht seine Politik unberechenbar. Als ich die DPA-Meldung lese, glaube ich noch, dass in Simbabwe der Realismus gesiegt hat. Wenige Wochen später höre ich von neuen Enteignungsplänen, die der Agenturmeldung widersprechen. Für Hugh Brown geht das ungewisse Warten weiter. Für Millionen landloser Schwarzer auch. Mit ihrem hin und her in der Landfrage hat die Regierung Mugabe letztlich ihr Versagen eingestanden. Außer Misstrauen und einem schlechteren Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen hat die große Enteignungspropaganda nichts erreicht. Dass Vizepräsident Joshua Nkomo nach der Konferenz in Harare angekündigt hat, die Regierung wolle jetzt ein Pilotprojekt starten und zunächst eine Millionen Hektar Land neu verteilen, ist verblüffend. Es handelt sich dabei genau um das Land, welches die weißen Farmer schon seit Jahren angeboten haben – gegen Entschädigung versteht sich. Nkomo selbst, dessen Farmbesitz so groß ist wie das Saarland, wird natürlich nichts zu einem möglichen Pilotprojekt beitragen. Wenn es überhaupt je gestartet wird.

Die große Gefahr ist, dass am Ende gar nichts geschieht. Das wäre eine Katastrophe. Denn auch wenn die Shona, der größten Stamm Simbawes, als ungewöhnlich duldsame Menschen gelten: Ihre Geduld, wird irgendwann zu Ende sein. Die Unruhen, die Harare Anfang dieses Jahres erlebt hat, haben nur eine Ahnung davon vermittelt, was passieren kann, wenn in Simbabwe nichts

passiert. Dabei geht es nicht nur um die Verteilung von Land, es geht um Lebensperspektiven. Der Mehrheit der Simbabwer kommen sie abhanden.

#### **4. Trügerische Hoffnung: Tourismus als Rettung für Wirtschaft und Natur**

##### *4.1 „Ick liebe dieses Land, aber die machen et kaputt“: Sorgen eines Safari-Operators*

„Det wird hier nüscht mehr“, Klaus Jännicke sinniert über einer Flasche Bier über die Zukunft seiner Wahlheimat. Das Bier gehört genauso zu ihm, wie sein Schnäuzer, sein Landrover und der Dialekt seiner Berliner Heimat. Seit 27 Jahren lebt er – mit Unterbrechungen – in Simbabwe. 1971 ist er ins damalige Rhodesien gekommen, weil ihn in Deutschland der Frust gepackt hatte. Leistungssportler war Klaus, wie er mir beim x-ten Bier erzählt. Ruderweltmeister im Zweier 1969. Doch nur dieses eine Mal. Dann war gegen eine übermächtige DDR nichts mehr zu holen. Deshalb hat er aufgehört und ist ausgewandert. An der Universität von Salisbury, wie Harare damals noch hieß, fand er mit seinem Biologie-Studium einen guten Job. Während des Unabhängigkeitskrieges ist er nach Deutschland zurückgegangen, um nicht in die Armee der Smith-Regierung eingezogen zu werden müssen. „Als Weißer mit einer schwarzen Frau und einem schwarzen Kind hätte ich da nichts zu lachen gehabt“. Gleich nach der Unabhängigkeit ist er zurückgekommen. Doch dann hat er die Erfahrung gemacht, dass Weiße an der Uni inzwischen hintenanstehen mussten. Die Schwarzen hatten Nachholbedarf und seine Karrierechancen waren dahin. Jetzt ist Klaus Safari-Operator. Und als Biologe ein kundiger und begeisterter Führer durch Simbawwes Nationalparks. „Am Anfang war det 'n jutet Jeschäft“, sagt Klaus. Seine Touren grenzen sich vom Pauschal Tourismus, der vor allem Victoria Falls fest im Griff hat, bewusst ab. Alles etwas kleiner, viel persönlicher und mit einer Buschküche, gegen die die großen Lodges in den National Parks nicht ankommen. Klaus' Chateau Briand mit Prinzessbohnen, zubereitet auf einer simplen Feuerstelle direkt am Zambezi, ist ein Erlebnis erster Güte. Und wenn er dann noch im Mondlicht und mit grunzenden Nilpferden im Hintergrund Lorient-Gedichte zitiert, bietet er den wohl skurrilste Afrika-Eindruck, den man sich denken kann. Doch das reicht alles nicht mehr. Zwar hatte Simbabwe nach dem Ende der Embargos gegen Südafrika einen enormen Besucherzuwachs aus dem Nachbarland. Doch jetzt spüren die Tourismus-Anbieter, wie konjunkturanfällig ihr Geschäft ist. Die Wirtschaftskrise im südlichen Afrika hat auch die reiselustigen weißen Südafrikaner erfasst. Auch die asiatischen Besucher, mit denen Klaus noch im letzten Jahr auf Löwensuche gegangen ist, sind diesmal wegen ihrer schwächelnden Währung weggeblieben. Und in Simbabwe wird alles teurer, fast wöchentlich. Seit Klaus in Victoria Falls eine Lodge gebaut hat, die ihn allmählich die letzten Haare kostet, ist er ein großer Pessimist geworden. Nichts funktioniert so, wie er es sich wünscht. Die ständigen Behörden-

gänge werden zur Qual und die Arbeitsmoral in Afrika kann ihn auch nach 27 Jahren noch auf die Palme treiben. Da ist er ganz Preuße geblieben, auch wenn man es ihm in seinem etwas schmuddeligen Safari-Look nicht ansieht. „Ich liebe dieses Land, aber die machen es kaputt“, ist sein frustriertes Urteil über die Regierung. Steuern zu hoch, rasant steigende Preise und inzwischen eine explosive politische Lage, die Besucher nicht gerade anzieht. Da wird das Leben als Safari-Operator schwer. Dabei fehlt es ihm nicht an guten Empfehlungen. Der damalige Wirtschaftsminister Günther Rexrodt war sogar auf Vermittlung der deutschen Botschaft mit ihm unterwegs. Dass er sich dabei wahrscheinlich seine Malaria zugezogen hat, ist nicht Klaus' Schuld sondern ein Problem mangelnder Prophylaxe. Mücken haben halt wenig Respekt vor Ministern.

Auf den Pirschtouren in seinem alten Landrover erspäht Klaus jede Antilope mit bloßem Auge, während ich mit dem Fernglas noch minutenlang suchen muss. Doch auch die Zukunft dieses Naturparadieses sieht der Wahl-Simbabwer düster. Die Landbevölkerung dränge immer mehr in die Parks hinein und plündere sie aus purer Not aus. „Wenn die hier so weitermachen, dann gibt es in fünfzig Jahren keine Nationalparks mehr“.

#### 4.2 „Wir können nichts machen“: Umweltschützer gegen Wilderer

Klaus ist nicht der einzige, der dieses Problem erkannt hat. Die Regierung Simbabwes ist sich der Bedeutung der Natur als eine der wichtigsten Wirtschaftsquellen des Landes bewusst. Und sie weiß auch, dass das gerade den Bewohnern in den Gebieten rund um die Nationalparks herum schwer zu vermitteln ist. Für die Menschen dort sind das Holz und das Wild aus den Nationalparks Lebensmittel. Und davon bekommen sie wenig genug. Sie waren einmal ein Teil der Natur des Landes. Doch die Bevölkerung wächst zu schnell, um das Gleichgewicht zwischen Menschen und Natur aufrechtzuerhalten. Sind es heute rund 11 Millionen Simbabwer, so werden es im Jahr 2000 wahrscheinlich über 15 Millionen sein. Und dass so viele Menschen im wahrsten Sinne des Wortes an die Ränder ihres Landes gedrängt wurden – dorthin, wo auch die Nationalparks liegen – ist eben auch eine Folge der Kolonialpolitik. Mit Ausnahme der Eastern Highlands sind die Böden an den Rändern Simbabwes meist schlechter als die im Zentrum. Und diese Böden wurden den Schwarzen übrig gelassen. Wenig erstaunlich, dass sie die Nationalparks als Quelle für den Lebensunterhalt mit einbeziehen.

Um die Naturschätze in Simbabwes Nationalparks zu retten und die Landbevölkerung am Profit teilhaben zu lassen, hat sich die Regierung kurz nach der Unabhängigkeit ein überzeugend klingendes Programm einfallen lassen. CAMPFIRE steht für „Communal Areas Management For Indigenous Resources“. Das Programm soll die ländlichen Gebiete rund um die Nationalparks an den Gewinnen aus Tourismus und Jagdlizenzen beteiligen. Die Parks sollen damit auch für die Menschen in ihrer Umgebung zu Einnahmequellen gemacht werden, um so ein Bewusstsein für den Wert der Natur zu erzeugen.



„Es ist ein unglaublich gute Idee“, sagt Peter Ranger, der Vorsitzende der Tierschutzgesellschaft „Wildlife Society“ in Kariba. „Doch sieh dir mal an, was sie daraus gemacht haben“. 27 Millionen Dollar haben vor allem die USA in das Projekt gesteckt. Doch jetzt wollen sie die Unterstützung auslaufen lassen, der Erfolg überzeugt sie nicht mehr. Das Geld versickert zu oft in undurchsichtigen Behördenkanälen. Oder wird für völlig unsinnige Prestigeobjekte ausgegeben. „Da wo Schulen gebraucht werden, bauen sie repräsentative Begegnungszentren. Doch außer den lokalen Politikern will die niemand.“

Peter verbittert eine solche Misswirtschaft. Der frühere Manager eines großen Lebensmittelkonzerns widmet sich seit seiner Pensionierung dem Naturschutz. Die Wildlife Society, eine Anfang des Jahrhunderts von Weißen gegründete Gesellschaft, ist sein Familienerbe geworden. Am „simbabwischen Meer“, wie der große Kariba-Stausee in einigen Reiseführern genannt wird, hat er sich erst vor ein paar Jahren niedergelassen. Und seitdem managt er eben statt Lebensmittel die Wildlife Society. Für Innocent Hudzonge, einen schwarzen Lehrer, der jetzt für die Wildlife Society als „education officer“ arbeitet, sind die ständigen fürsorglichen Besuche seines weißen Vorsitzenden manchmal etwas zeitraubend. Innocent organisiert das Bildungsprogramm der Naturschutzgesellschaft. Er fährt tagelang über Land und besucht entlegene Dorfschulen, um den Kindern den Wert des Naturparadieses um sie herum bewusst zu machen. „Elefanten kennen sie nur als Bedrohung“, sagt er. Wer die zertrampelten Felder sieht, weiß warum. Doch Innocent versteht es, seine Schüler zu begeistern. Er organisiert mit ihnen Camps in der Wildnis, in denen er Unterricht mit Abenteuer paart. Die Wissbegierde, mit der seine kleinen Schüler den Naturkundeunterricht aufnehmen, imponiert mir. Die Disziplin der Klasse aus Acht- bis Neunjährigen, die während meines Besuches in Kariba zu Gast ist, erst recht. Für viele ist die 200 Kilometer lange Anfahrt von ihrem Dorf am anderen Ufer des Sees zum Zentrum der Wildlife Society nach Kariba der bisher größte Ausflug ihres Lebens. Zwei Tage lang werden sie mitten im Busch lernen, warum das Holz der Bäume wertvoller ist, wenn es verwurzelt im Boden bleibt. Und warum Elefanten eben nicht nur Ernte zertrampeln können, sondern so interessante Tiere sind, dass Leute wie ich um die halbe Welt reisen, nur um sie einmal in freier Wildbahn zu sehen.

Doch bevor dieses Camp starten kann, ist eine Krise zu bewältigen. Die Schülergruppe ist schon am Donnerstagabend angekommen. Zwölf Stunden früher als erwartet. Das bedeutet eine Übernachtung und ein Abendessen mehr, als im Budget vorgesehen. Die Wildlife Society leidet aber unter chronischem Geldmangel. Innocent ist ein Meister im Improvisieren. Schnell werden ein paar Schaumstoffmatten aus dem Keller geholt und in einen überdachten Rohbau gebracht, der einmal das neue Haus der Wildlife Society in Kariba werden soll. Meine Sorge, für die Kinder könnten Kissen fehlen, bringt Innocent zum Grinsen: „Die meisten von ihnen schlafen heute zum ersten mal auf einer Matratze“. Zum Abendessen gibt es Sadza – eine Pampe aus Maismehl, die in Simbabwe Nationalgericht ist. Darauf etwas Hüh-

nerfleisch. Ich habe noch genug Zim-Dollar, um die ganze Klasse einzuladen. In Deutschland wäre ich für die umgerechnet zwanzig Mark gerade einmal alleine satt geworden. Krise überwunden.

Am nächsten Morgen gehe ich mit Innocent und einigen Jungs aus Kariba in den Busch, um Fallen zu sammeln. Das Wildern mit Drahtfallen ist eines der größten Probleme für die Nationalparks. Mir war die simple Technik nicht bewusst: Eine Schlinge aus Draht zwischen zwei Büsche gespannt, in der sich selbst ein Büffel leicht verfängt und elend verendet. Auf unserer Tour werden wir von einem bewaffneten Wildhüter von der Nationalparkverwaltung begleitet. In der Gegend um Kariba hat es einen regelrechten Kampf mit den Wilddieben gegeben, vor allem mit denen, die die vom Aussterben bedrohten Nashörner jagen. Die meisten sind von Sambia aus über die Grenze gekommen. Um die Rhinos zu retten, hatte Simbabwe sogar die Armee eingesetzt. 92 Wilderer wurden erschossen. Doch dieser Kampf ist vorbei, die meisten Rhinos wurden aus dem Grenzgebiet evakuiert. Die Fallen, die wir an diesem Morgen haufenweise finden, sind von harmloseren Wilddieben. Nach knapp einer Stunde gibt mir einer der Jungs ein Zeichen, dass ich mich ducken soll: Drei ziemlich heruntergekommene Männer sind in Sichtweite und suchen die offenbar von ihnen ausgelegten Fallen nach Beute ab. Nach kurzer Beobachtung zeigen wir uns und Innocent nimmt die drei zusammen mit dem Wildhüter ins Gebet. Doch die Fallen sind leer und niemand kann beweisen, dass diese Männer sie ausgelegt haben. „Die sind so dämlich, wie sie aussehen“, sagt Innocent resigniert, „aber trotzdem können wir nichts gegen sie machen. Und selbst wenn wir sie auf frischer Tat erwischen, sind die Strafen lächerlich.“ Das Wildern von Tieren wie Antilopen oder Büffeln ist in Simbabwe ein Kavaliersdelikt. Und als ich erfahre, dass ein Stadtratsmitglied von Kariba erst kürzlich dabei ertappt wurde, massenhaft Wildfleisch aus seiner Tiefkühltruhe zu verkaufen, kann ich Innocents Frust noch besser verstehen. Denn das sind dieselben Leute sind, die über die Vergabe der CAMPFIRE-Gelder bestimmen. Solche Fälle von großer und kleiner Korruption sind in Simbabwe offenbar zentraler Bestandteil der Staatsverwaltung geworden. Das Engagement von Menschen wie Innocent wird dadurch zur Sisyphusarbeit.

Zurück in Harare treffe ich den Pressesprecher von CAMPFIRE, der mir etwas widerwillig ein Gespräch über die Probleme des Projekts eingeräumt hat. Journalisten sind bei regierungsnahen Behörden in Simbabwe wenig beliebt. Entsprechend dürftig ist das Ergebnis. Das auf dem Papier überzeugende Konzept braucht er mir nicht mehr nahezubringen. Fälle von Missbrauch gebe es überall, das müssten die Gerichte klären. Was soll ein Pressesprecher auch anderes sagen. Und eine Reihe von Erfolgen im Ausbau der Infrastruktur in den ländlichen Gebieten rund um die Nationalparks glaube ich ihm einfach. Doch nach meinen Erfahrungen in Kariba bin ich skeptisch, wenn er mir vom großen Engagement in der Umwelterziehung erzählt. Die Wildlife Society, die mit offiziell CAMPFIRE zusammenarbeitet, bekommt zumindest in Kariba nicht die geringste Unterstützung.

Das Ziel, den Tourismus zu nutzen um Umwelt und Wildleben in Simbabwe effektiver zu schützen, bleibt aber ohne Alternative. Die Urlauber spielen damit in Simbabwe eine völlig andere Rolle, als in Ländern mit Massentourismus. Während letzterer ein massives Umweltproblem ist, fördern die Besucher in Simbabwe ohne es zu wissen den Naturschutz. Als Bedrohung für die Natur sind sie noch viel zu wenig. Und ohne sie fehlte das Geld zum Erhalt der Nationalparks komplett. Projekte wie die Wildlife Society sind auf ihre ohnehin kargen Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft angewiesen. Ihre Informationszentren und Souveniergeschäfte halten die Gesellschaft über Wasser.

### 4.3 „Mein Chef jammert“: Tourismusflaute in Kariba

In diesem Jahr ist es vor allem in Kariba menschenleer, obwohl im Juli eigentlich Saison ist. Bei einer Sunset Cruise auf dem Kariba See, die in jedem Reiseführer wegen ihres traumhaft-kitschigen Panoramas gepriesen werden, sind eine deutsche Rucksacktouristin und ich die einzigen Gäste auf dem Ausflugsboot. „Ich weiß nicht, was in diesem Jahr los ist“, sagt der Bootsführer kopfschüttelnd. Davison weiß es. Bei einer Kanutour, für die wieder nur mit Mühe die Mindestzahl von drei Teilnehmern zusammengebracht werden konnte, erzählt mir der smarte Safari-Guide, dass 1998 zumindest in Kariba eine ziemliche Pleite für das Tourismusgeschäft zu werden droht. Auch hier fehlen die weißen Südafrikaner. Und da der Zim-Dollar auf rasanter Talfahrt ist nehmen viele Reiseveranstalter nur noch US-Dollar als Zahlungsmittel. Die Preise sind gesalzen. Eine eintägige Kanusafari ist unter 50 US-Dollar nicht zu haben. Doch die Kosten für ein Tourismusunternehmen sind hoch, vor allem wegen der enormen Abgabenlast im Land. Das Lied kenne ich schon von Klaus Jännicke. Außerdem haben die Unruhen in Harare am Anfang des Jahres vor allem europäische Besucher verschreckt. „Hier hat man davon gar nichts mitbekommen“, sagt Davison, „aber bei Euch glaubt man offenbar, in Simbabwe wäre der Krieg ausgebrochen“. Die Auswirkungen der weltweit gezeigten Fernsehbilder mit Plünderungen und brennenden Geschäften sind in Kariba jedenfalls deutlich zu spüren. Doch die Tourismusbilanz des ganzen Landes stagniert schon länger. Während Simbabwe 1995 und 1996 die Zielmarke von einer Millionen Touristen schon im September übersprungen hatte, blieb die Besucherzahl 1997 deutlich darunter. Die Bilanz für 1998 droht noch deprimierender auszufallen. „Mein Chef jammert über die vielen Stornierungen in diesem Jahr“, sagt Davison. Sein Chef ist natürlich ein Weißer. Genau wie Klaus und weit über 90 Prozent der Tourismusanbieter des Landes. Ähnlich wie in der Landwirtschaft hat die Regierung auch hier ein „Indignisierungsprogramm“ aufgelegt: Mehr Schwarze sollten sich im Tourismusgeschäft selbständig machen. Doch unter dem verschärften wirtschaftlichen Druck traut sich das kaum jemand. Zumal einer wie Davison nie die Chance hätte, das Startkapital aufzubringen.

Sogar der „Herald“, Simbawbes staatseigene größte Tageszeitung, berichtet, dass die Indignisierung in der Tourismusbranche weitgehend fehlge-

schlagen sei. Über 60 Prozent der für Schwarze reservierte Lizenzen für Nationalpark-Safaris seien 1997 ungenutzt liegengelassen. Für das regierungsfromme Blatt eine ungewöhnlich kritische Bilanz.

## 5. Zuerst Simbabwer, dann Journalist: Die Grenzen der Pressefreiheit

### 5.1 „Kabila fliegt zurück“: Der „Herald“

„Kabila fliegt nach Treffen mit dem Präsidenten zurück“. Die Schlagzeile des „Herald“ vom 10. Juli 1998 hat mich neugierig gemacht. Das der kongolesische Staatschef seinen Besuch in Simbabwe auf alle Zeit ausdehnen wollte, war ja wohl nicht zu erwarten. Warum ist Kabilas Rückflug also die wichtigste Botschaft des Tages und nicht etwa Inhalt und Ergebnisse seines Treffens mit Mugabe. Ganz einfach: weil der „Herald“ über Letzteres so gut wie nichts zu berichten weiß: „Präsident Laurent Desire Kabila aus der Demokratischen Republik Kongo flog gestern morgen zu einem zweistündigen privaten Treffen mit Präsident Mugabe nach Harare. Gegen Mittag flog er nach Hause.“ So der erste Absatz des Artikels auf der Titelseite (!) von Simbabwes größter Tageszeitung. Damit hat die Zeitung die hart recherchierten Fakten auch schon berichtet. Der Rest ist Spekulation. Die Themen des Treffens seien nicht bekannt geworden. Der Reporter vermutet, es habe sich um Sicherheitsfragen gehandelt. Dass das Treffen genau zu dem Zeitpunkt stattfindet, an dem im Kongo erste Unruhen aufflammen, irritiert den „Herald“ nicht. Nur wenige Wochen später ist ein Bürgerkrieg daraus geworden, in den Simbabwe aktiv eingreift. Der kongolesische Präsident wird aber noch mit den Worten zitiert, die Schießereien in seiner Heimat seien ein „kleiner Zwischenfall“. So etwas passiere auch in Washington. Das reicht der Tageszeitung zur Einordnung der Unruhen. Es sei eher „wahrscheinlich“, so unkt der „Herald“-Reporter, dass es bei dem Treffen zwischen Kabila und Mugabe um wirtschaftliche Fragen gegangen sei. Am Anfang des Artikels waren es noch Sicherheitsfragen. Aber man weiß halt nichts genaues.

Diese Form des „Könnte-sein-Journalismus“ ist für mich neu und auf den ersten Blick recht amüsant. Dahinter verbirgt sich allerdings mehr als der Dilettantismus eines Reporters. Der „Herald“ dokumentiert in diesem Artikel eindrucksvoll, dass er nur berichtet, was die Regierung Simbabwes für berichtenswert hält. Weitere Ambitionen hat die Zeitung offenbar nicht, sonst dürfte sie sich kaum mit derart peinlichen Informationsfetzen über einen politisch brisanten Besuch zufriedengeben.

Das wäre kein Problem, wäre der „Herald“ nicht die wichtigste gedruckte Informationsquelle des Landes. Mit einer Auflage von rund 120.000 Exemplaren steht er an der Spitze der simbabwischen Zeitungen. Der „Chronicle“ aus Bulawayo bringt es gerade einmal auf die Hälfte dieser Auflage. „Herald“, „Chronicle“ und ein paar kleine Regionalzeitungen wie die „Manica Post“ in Mutare gehören zum Simbabwe Mass Media Trust, einer formal unabhängigen Einrichtung, die die Zeitungen herausgibt und faktisch komplett von der

Regierung kontrolliert wird. Vor allem beim „Herald“ wurden schon mehrfach missliebige Chefredakteure gefeuert, um den regierungstreuen Kurs des Blattes nicht zu gefährden. Das heißt nicht, dass der „Herald“ überhaupt keine kritischen Informationen drucken würde. Er berichtet zum Beispiel auch über die Wirtschaftskrise im Land oder über Korruptionsfälle bei staatseigenen Betrieben. Doch in diesen Berichten kommt die Regierung immer weitgehend ungeschoren davon. Die Ursachen der Krisen liegen außerhalb ihrer Einflussmöglichkeiten und die Korruptionsskandale sind bedauerliche Einzelfälle. „Sie drucken nur Dinge, die schon so bekannt sind, dass sie sich vollständig lächerlich machen würden, wenn sie versuchten sie zu leugnen“, urteilt Justice Manyarara über vermeintlich kritische Berichte im „Herald“. Der frühere oberste Richter ist heute als Präsident des „Media Institute of Southern Africa“ einer der wichtigsten Kämpfer für die Presse- und Meinungsfreiheit in seinem Land. Mit beißendem Spott zitiert er Bornwell Chakaodza, den Chefredakteur des „Herald“. Der sage von sich, er sei zuerst Simbabwe und erst dann Journalist. „Können sie sich vorstellen zu einem Arzt zu gehen, der von sich sagt, er sei zuerst Simbabwe und dann Arzt?“ Diese Berufsauffassung sagt für Manyarara alles.

Natürlich hätte ich gerne mit dem Chef der „Herald“ selbst darüber gesprochen. Doch der Versuch scheitert. Bei meinem Besuch im „Herald“-Hauptgebäude werde ich an Chakaodzass Stellvertreter Maruziwa verwiesen. Dem darf ich mich nach einigem Warten immerhin vorstellen und ihm mein Anliegen vortragen. Doch seine Vorbehalte gegen eine weißen Journalisten der etwas über simbabwische Zeitungen erfahren möchte will er gar nicht verbergen. Wenn ich etwas über den „Herald“ wissen wolle, könne ich ihn doch lesen. Gute Idee, bedanke ich mich, das hätte ich auch schon getan. Aber als Journalist würde ich auch gerne mit den verantwortlichen Menschen sprechen. „Ist das so, dass die Journalisten in Deutschland mit den Menschen sprechen?“ fragt mich Maruziwa betont ironisch. Dennoch will er nicht so sein und mir einen Termin gewähren. Am letzten Tag meines Simbabwe-Aufenthaltes habe er Zeit. Dann könnten wir ja versuchen, in meine Fragen „etwas Sinn zu bringen“. Als ich zu der Verabredung erscheine, ist Maruziwa leider nicht da. Die freundliche Sekretärin vertröstet mich auf den Nachmittag. Beim zweiten Versuch - wieder Fehlanzeige. Abends startet mein Flugzeug und ich muss auf die Sinngebung durch den stellvertretenden „Herald“-Chefredakteur verzichten.

## 5.2 „Die Angst ignorieren“: Der „Independent“

Am selben Tag, an dem der „Herald“ die bewegende Geschichte über den heimfliegenden Präsidenten Kabila bringt, hat der „Independent“ einen echten Skandal-Aufmacher: „Grace baut eine Villa für drei Millionen Dollar“. Die Rede ist von der Präsidenten-Gattin Grace Mugabe, deren Einfluss auf ihren Mann in Simbabwe ein inoffiziell viel diskutiertes Politikum ist. Der „Independent“ zeigt an diesem Freitag ein Foto von Grace Mugabes neuem

Luxusdomiziel und hat gründlich recherchiert, inwieweit staatliche Stellen wie das Bauministerium an dem privaten Hausbau beteiligt waren. Er liefert damit weitere Indizien dafür, dass die Regierung des Landes korrupt ist. Und genau das will der „Independent“ zeigen. Basildon Peta, der Autor des Artikels, ist inzwischen ein bekannter Skandalreporter in Simbabwe. Doch die Tatsache, dass seine Artikel gedruckt und verkauft werden dürfen, ist für ihn kein Zeichen echter Pressefreiheit. „Die Regierung verlässt sich auf unsere geringe Auflage“, sagt Peta. Solange der „Independent“ als Wochenmagazin nicht mehr als 30.000 Exemplare verkaufe, könne Mugabe diese Pressefreiheit noch verkraften. Und da der „Independent“ mit zehn Zim-Dollar (rund einer Mark) ausgesprochen teuer ist, wird seine Auflage relativ gering bleiben. „Ich weiß, deine Zeitung ist besser“, sagt mir Mind, mein Lieblingstaxifahrer in Harare. Er hat an einer Ampel schnell den „Herald“ von einem Straßenverkäufer gekauft und dabei den „Independent“ in meiner Jackentasche bemerkt. „Aber die kann ich mir einfach nicht leisten“. Doch die hohen Produktionskosten zwingen den „Independent“ zu diesem Preis. Ohne seinen finanzstarken Verleger wäre er wahrscheinlich ohnehin längst pleite. Dass dieser Verleger ein Weißer ist, passt natürlich genau ins Bild der Regierung: Eine Zeitung wie der „Independent“ ist nur der Versuch der alten Kolonialherren, die schwarzen Machthaber zu verleumden. „Solche Zeitungen sind für die reichen Leute in Borrowdale“, sagt Informationsminister Chimutengwende, der auf einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung über die „sogenannte unabhängige Presse“ herzieht. Und in seiner Forderung nach strengeren Gesetzen gegen die Lügen und Diffamierungen dieser Presse steckt eine handfeste Drohung. Wenn es Chimutengwende und seinen Kollegen im Kabinett zu bunt wird, werden diese Gesetze kommen. Präsident Mugabe hat bei der diesjährigen Parlamentseröffnung ähnliche Maßnahmen angekündigt. Noch werden die freien Zeitungen trotz ihrer Dreistigkeit als Feigenblätter der Meinungsfreiheit geduldet. Denn neben dem „Independent“ hat nur noch der ähnlich ausgerichtete „Mirror“ eine halbwegs spürbare Auflage – ebenfalls rund 30.000 Exemplare. Doch sollten sie stärker werden befürchtet Basildon Peta auch stärkere Repressionen. Drohanrufe und –briefe gehören schon jetzt zum Alltag des achtundzwanzigjährigen Journalisten. Er lässt sich davon nicht aufhalten. Bei der erwähnten Diskussionsveranstaltung sitzt er sogar neben dem Informationsminister auf dem Podium. „Die Angst muss man einfach ignorieren“, erzählt Peta. Irgendwann gewöhne man sich daran. Einmal sei er nach einem Artikel über Korruption in Unternehmen der ZANU verhaftet worden. Man habe ihn am nächsten Tag wieder freigelassen. Das seien eben nur Einschüchterungsversuche. Das Argument, er hänge an den Strippen eines weißen Verlegers, hält er für vorgeschoben. Seinen Verleger habe er erst zweimal zu Gesicht bekommen und ins Redaktionsgeschäft habe er sich noch nie eingemischt. Dass er ein Weißer sei, liege daran, dass sich kein Schwarzer in Simbabwe den Luxus einer privat finanzierten Zeitung leisten könne. Das wisse die Regierung ganz genau.

## 6. „Wie mit einem alten Auto“: Warten auf Veränderung

Trotz aller berechtigter Kritik von Journalisten wie Basildon Peta herrscht in Simbabwe ein gewisses Maß an Meinungsfreiheit. Auf dem Diskussionsforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, das erstmals Journalisten und Parlamentarier zusammenbringt, werden in einem Hotel in den Eastern Highlands deutliche Worte gesprochen. Dass der „Herald“ als wichtigste Zeitung des Landes keinen Vertreter zu dem Treffen geschickt hat, bestätigt meine Erfahrungen mit der „Offenheit“ des Blattes. Die anderen Journalisten – Basildon Peta eingeschlossen – können hier ihrem Ärger über die kläglichen Informationen aus der Politik Luft machen. Und einige der Parlamentsvertreter bringen ihnen durchaus Verständnis entgegen. Obwohl sie ausnahmslos ZANU-Mitglieder sind, zeigen sich die Parlamentarier auf dem Treffen nicht alle stromlinienförmig. Doch das Parlament ist in Simbawbes Ein-Parteien-Staat bislang weitgehend machtlos. Und wo die Grenzen solcher demokratischer Spielchen sind, macht Informationsminister Chimutengwende am Ende des Kongresses mit seiner Rede schnell deutlich. Der Minister hat nur eine Stunde an dem zweitägigen Kongress teilgenommen. Das reicht ihm. Mit einer wie er selbst ankündigt „polemischen“ Rede rechnet er mit der unabhängigen Presse ab, und stempelt so den bis dahin geführten Dialog im Grunde als überflüssig. Einige Parlamentarier, die sich vor dem Erscheinen ihres Ministers noch sehr offen und diskussionsfreudig gezeigt haben, verstummen nach dem Auftritt des Informationsministers ganz schnell. Dennoch: Das Treffen zeigt, dass es in Simbabwe ein Fünkchen Hoffnung auf eine demokratischere Zukunft gibt. Ein laues Lüftchen der Veränderung, das noch viel Kraft gewinnen muss, bevor es auch Männern wie Chimutengwende ins Gesicht bläst.

Dass es in Simbabwe Meinungsfreiheit gibt, bestreitet auch Justice Manyarara nicht, der Experte für Pressefreiheit an dem Kongress teilnimmt. Aber es sei eben viel zu wenig. „Wenn die Regierung einen Teil des Hwange National Parks bestimmt, in der jeder laut seine Meinung den wilden Tieren vortragen darf, ist das auch Meinungsfreiheit?“ fragt er rhetorisch auf dem Kongress. Es fehle einfach an gerechten Chancen, Meinungen auch wirkungsvoll kundzutun. Dass sich daran etwas ändern muss und auch ändern wird, davon ist Manyarara überzeugt. Doch wie er sich diese Änderung wünscht, verblüfft mich. „Sehen sie, mit dieser Regierung ist es wie mit einem alten Auto. Sie wollen es los werden, aber sie müssen es behalten bis sie ein neues haben“, erklärt er mir. Und eine neue Mannschaft, die das Land wirkungsvoll führen könne, sieht er bisher noch nicht. Die müsse sich jetzt erst herausbilden, und solange sollten Mugabe und seine Leute am besten im Amt bleiben. „Wenn die Regierung jetzt zusammenbricht ist in Simbabwe alles möglich“, sagt Manyarara, „auch ein Bürgerkrieg“. Deshalb setzt er auf ein „langsames Sterben“ der alten Machtstruktur. Manyarara ist der Mann, der mir in Simbabwe am meisten imponiert hat. Neben seines westlichen Auftretens und seiner akademischen Bildung vermittelt er das, was ich mir immer unter einem weisen afrikanischen Stammesältesten vorgestellt habe: Überlegt, gelassen und mit reicher Lebenserfahrung. Als Mitteleuropäer hatte ich wäh-

rend meines Simbabwe-Aufenthaltes oft den Eindruck, in diesem Land müssten die nötigen Veränderungen ganz schnell kommen, sonst könne schon bald alles zu spät sein. Jetzt weiß ich: Die Veränderungen müssen kommen. Aber in Simbabwe geht nichts ganz schnell. Und deshalb stimmt wahrscheinlich das simbabwische Sprichwort an die Adresse der Europäer: „Gott hat euch die Uhren gegeben. Und uns die Zeit.“